

Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus

Mitgliederversammlung 2026 in Frankfurt am Main – Vereinsvorstellung

Nach dem Terrorangriff vom 07. Oktober 2023 gründeten Kolleginnen und Kollegen aus Israel die Initiative der Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus, welcher sich kurz darauf jüdische wie nicht-jüdische Ärztinnen und Ärzte sowie Medizinstudierende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz anschlossen. Die Vereinsgründung erfolgte 17.9.2024.

Der Verein setzt sich dafür ein, antisemitische Tendenzen im medizinischen Kontext zu erkennen und ihnen entschieden entgegenzutreten. Zudem möchte er die gesundheitlichen Folgen von Antisemitismus stärker in Aus-, Weiter- und Fortbildungen verankern, damit jüdische Patientinnen und Patienten angstfrei und gut versorgt werden können.

Mitgliederversammlung in Frankfurt

Anfang Februar 2026 fand die Mitgliederversammlung des Vereins in Frankfurt am Main statt. Am Vorabend besuchte eine Gruppe von Mitgliedern historische jüdische Orte in der Stadt – von der Judengasse über die Gedenkstätte Neuer Börneplatz bis zum Jüdischen Museum. Die Auseinandersetzung mit dem reichen jüdischen Leben in Frankfurt bis zur Shoah war eindrücklich und zugleich Mahnung. Die eigentliche Mitgliederversammlung fand in den Räumen der jüdischen Gemeinde im Frankfurter Westend statt, auf deren Gelände auch der jüdische Kindergarten und die Lichtigfeldschule unterge-

bracht sind. Bereits der Zugang zu den Räumlichkeiten – geprägt von Sicherheitskontrollen wie Identitätsüberprüfung und Metalldetektoren sowie weiteren Schutzmaßnahmen (Polizei, Mauern mit Stacheldraht, Videoüberwachung, usw.) – machte deutlich, unter welchen Bedingungen jüdisches Leben in Deutschland heute stattfindet.

Antisemitismus und Gesundheit

Ein zentraler Schwerpunkt der Versammlung war die Frage nach den gesundheitlichen Auswirkungen von Antisemitismus.

Was bedeutet es für Menschen, die bereits als Kinder lernen müssen, ihre jüdische Identität aus Angst zu verschweigen?

Was bedeutet es für Erwachsene, religiöse Symbole aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich tragen zu können und im sozialen Miteinander ihre Herkunft verleugnen zu müssen?

Welche psychischen Belastungen und körperlichen Folgen entstehen durch dauerhafte Unsicherheit, gesellschaftliche Zuschreibungen oder Rechtfertigungsdruck? Chronischer Stress, soziale Isolation und Angst wirken sich nachweislich auf psychische wie körperliche Gesundheit aus. Als Ärzteschaft sind wir der Gesundheit aller Menschen verpflichtet – unabhängig von Herkunft oder Religion. Antisemitismus ist daher keine abstrakte politische Frage, sondern berührt unmittelbar unser berufliches Ethos und den mit ihnen verbundenen Behandlungsauftrag.

Ärztliche Selbstverwaltung

Der Verein hat Landesärztekammern und Fachgesellschaften eingeladen, sich institutionell zu engagieren. Die Landesärztekammern Hessen und Rheinland-Pfalz sind bereits dem Verein als Fördermitglieder beigetreten. Andere Kammern beriefen sich auf Neutralitätsüberlegungen.

Wir vertreten die Auffassung, dass Antisemitismus im Gesundheitswesen keine parteipolitische Positionierung darstellt, sondern eine berufsrechtlich relevante Versorgungs- und Verantwortungsthematik. Der Schutz vor Diskriminierung und die Sicherstellung einer angstfreien medizinischen Versorgung gehören zum Kern ärztlicher Selbstverwaltung.

Austausch mit dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender

Im Rahmen der Mitgliederversammlung fand zudem ein Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender – Bündnis gegen Antisemitismus an Hochschulen – statt. Geschildert wurden zunehmende antisemitische Vorfälle im Hochschulbereich seit dem 7. Oktober 2023. Jüdische Studierende und Lehrende berichten von Verunsicherung, Rückzug und dem Bedürfnis, ihre Identität im universitären Alltag zu verbergen.

Auch hier stellt sich die Frage nach den langfristigen psychosozialen Folgen kontinuierlicher Bedrohungserfahrungen.

Unsere Anliegen

Der Verein setzt sich ein für:

- Forschung zu gesundheitlichen Folgen von Diskriminierung aufgrund von Antisemitismus
- eine klare Benennung von und Einsatz gegen antisemitische Tendenzen im Gesundheitswesen
- Thematisierung von gesundheitlichen Folgen von Antisemitismus in medizinischer Aus-, Weiter- und Fortbildung

Foto: Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus



Am Vorabend der Mitgliederversammlung besuchte eine Gruppe historische jüdische Orte in Frankfurt – hier das Jüdische Museum.

- einen respektvollen und dialogorientierten Austausch innerhalb der Ärzteschaft

Unser Ziel ist ein berufliches Umfeld, in dem jüdische Kolleginnen und Kollegen sowie Patientinnen und Patienten ohne Angst leben und arbeiten können.“

Dr. med. Christine Hidas

Fachärztin Innere Medizin und Nephrologie am Klinikum Darmstadt, Leitende OÄ Zentrale Notaufnahme,

1. Vorsitzende der Frankfurter Gruppe des Deutschen Ärztinnenbundes,

Mitglied Verein Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus, Mitglied Präsidium LÄK Hessen

Dr. med. Dr. med. univ.

(UBFM/Belgrad) Eva See

Ärztin in Weiterbildung in der Radiologie,

Delegierte der LÄK Hessen

(Liste der Fachärztinnen und Fachärzte),

Mitglied im Ausschuss Ärztliche Weiterbildung der LÄKH,

Mitglied im Verein Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus

PD Dr. med. habil. Enrico Ullmann

Vorstandsmitglied des Vereins Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus

Internet: www.aegas.de

Stimmen aus dem Verein

Prof. Dr. med. Ulrike Schulze, Vorstandsvorsitzende

„Im Mittelpunkt steht für uns jüdisches Leben heute in Deutschland, vor allem seit den Vorfällen vom 7. Oktober 2023. Es geht darum, wahrzunehmen, welchen Herausforderungen Menschen dort begegnen – auch jenseits einzelner, klar benennbarer Vorfälle. Vieles zeigt sich nicht offen, sondern in einer veränderten, für Betroffene spürbaren Atmosphäre.

Dabei ist uns wichtig, unser Anliegen klar von politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen zu trennen. Wir möchten den Fokus bewusst auf das Benennen und die konkreten Auswirkungen von Antisemitismus richten.

Wir möchten auch darauf aufmerksam machen und benennen, wo Antisemitismus innerhalb des medizinischen Systems eine Rolle spielt und den Finger dort

in die Wunde legen, wo es im Hinblick auf den Schutz unserer jüdischen Mitbürger*innen unabdingbar scheint und ist. Dabei erleben wir durchaus Unterstützung, aber auch Zurückhaltung – häufig mit Verweis auf eine angestrebte Neutralität. Umso wichtiger sind für uns Signale wie der Beitritt der Landesärztekammer Hessen, die deutlich machen, dass dieses Thema auch als Teil ärztlicher Verantwortung verstanden wird.“

Boris Oratovski, Vorstandsmitglied

„Aus medizinischer Sicht ist bekannt, dass dauerhafte Belastungen – etwa durch Unsicherheit, Stress oder Diskriminierung – nicht folgenlos bleiben. Sie können sich sowohl psychisch als auch körperlich auswirken und damit auch die Versorgung betreffen.

Gerade weil diese Belastungen oft nicht offen sichtbar sind, ist es wichtig, sie im medizinischen Alltag mitzudenken.

Wenn Menschen dauerhaft in einer Situation leben, in der sie sich anpassen oder zurückhalten müssen, kann das langfristig Einfluss auf ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit haben.

Ein wichtiger nächster Schritt ist deshalb, das Bewusstsein für diese Entwicklungen zu schärfen und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung zu verankern.“

(red)

Der Verein „Ärztinnen und Ärzte gegen Antisemitismus“ informiert über seine Arbeit und aktuelle Aktivitäten auf seiner Website sowie auf LinkedIn:

<https://www.aegas.de/>

<https://www.linkedin.com/company/ae-gegen-antisemitismus/>

Die Pressemitteilung der Landesärztekammer Hessen zum Beitritt zum Verein finden Sie unter folgendem Kurzlink:

<https://t1p.de/lwe9u>

Resolution zum Dr. Senckenbergischen Institut für Geschichte und Ethik der Medizin

Die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen spricht sich öffentlich und nachdrücklich für den Erhalt und Ausbau des Dr. Senckenbergischen Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin am Standort Frankfurt aus.

Die LÄKH-Delegierten erklären, Frankfurt am Main nehme innerhalb der deutschen Medizingeschichte eine besondere und bisher wissenschaftlich nicht vollständig ausgeforschte Stellung ein. Die Geschichte der medizinischen Einrich-

tungen vor Ort – insbesondere im Kontext der NS-Zeit und des Instituts für Rassenhygiene – begründe eine nachhaltige Verantwortung zur wissenschaftlichen Aufarbeitung und zur institutionellen Verankerung dieser Arbeit. Die bisher in dieser Hinsicht geleistete Arbeit des Instituts sollte sichtbar gemacht sowie fortgeführt und durch auskömmliche Ausstattung in materieller und personeller Hinsicht ausgebaut werden, so die LÄKH. Hierbei sei insbesondere eine di-

rekte Integration der Forschungstätigkeit und ihrer Ergebnisse in die Ausbildung von Medizinstudierenden von großer Bedeutung, aber auch die kontinuierliche Reflexion innerhalb der medizinischen Fakultäten.

Nach Ansicht der hessischen Ärztinnen und Ärzte sei beides nur durch eine Verankerung des Instituts vor Ort und im Fachbereich Medizin nachhaltig und kontinuierlich zu gewährleisten. Die Unterstützung durch die Stadtgesellschaft und die Dr. Senckenbergische Stiftung ermöglichen dabei die Nutzung von Synergieeffekten.

Peter Böhnell